

Bericht

des Haushaltsausschusses

über die Drucksache

21/18215: Bericht über den erreichten Planungsstand für die Science City Hamburg Bahrenfeld und Maßnahmen zur Realisierung eines Quartiers mit wissenschaftsgeprägtem Profil (Senatsmitteilung)

Vorsitz: **Dr. Mathias Petersen**

Schriftführung: **Thilo Kleibauer**

I. Vorbemerkung

Die Drucksache wurde am 11. September 2019 gemäß § 53 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft durch deren Präsidentin im Vorwege federführend dem Haushaltsausschuss und mitberatend dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung überwiesen, deren Stellungnahmen als Anlagen beigefügt sind. Der Haushaltsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 9. Dezember 2019 abschließend mit der Vorlage.

II. Beratungsinhalt

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE erklärten, sie seien mit dem Zielbild nicht einverstanden. Auch seien sie der Auffassung, dass der Bezirk nicht ausreichend eingebunden werde. Da sie aber die Planungen nicht grundsätzlich ablehnten, würden sie der Drucksache ihre Zustimmung geben.

III. Ausschussempfehlung

Der Haushaltsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, das Petitum aus der Drs. 21/18215 anzunehmen.

Thilo Kleibauer, Berichterstattung

Stellungnahme

des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung

an den

federführenden Haushaltsausschuss

über die Drucksache

21/18215: Bericht über den erreichten Planungsstand für die Science City Hamburg Bahrenfeld und Maßnahmen zur Realisierung eines Quartiers mit wissenschaftsgeprägtem Profil (Bericht Senat)

Vorsitz: **Daniel Oetzel**

Schriftführung: **Dr. Sven Tode**

I. Vorbemerkung

Die Drucksache 21/18215 war am 11. September 2019 im Vorwege gemäß Paragraf 53 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft dem Haushaltsausschuss federführend und dem Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung sowie dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen zur Mitberatung überwiesen worden. Der Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung befasste sich in seiner Sitzung am 24. September 2019 abschließend mit der Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten die Inhalte der Drucksache aus und wiesen darauf hin, mit dieser Vorlage finde eine Konkretisierung des Vorhabens für die Science City in Bahrenfeld statt. Als Zeithorizont gaben sie an, zwischen 2026 und 2027 die Science City deutlich sichtbar erstellt zu haben.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE wollte konkretere Ausführungen zur Science City Hamburg Bahrenfeld GmbH als Tochtergesellschaft der Hafencity GmbH haben, zu deren Konstituierung, zu den Abhängigkeitsverhältnissen zur Hafencity GmbH und ob bei der Science City in Bahrenfeld architektonische Fehlleistungen der Vergangenheit wie der Bau hochstöckiger Häuser wiederholt würden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, organisatorisch sei die Science City Hamburg Bahrenfeld GmbH eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Hafencity GmbH. Mit diesem Konzept würden keine eigene Geschäftsführung, keine eigenen personelle Ressourcen und keine langwierige Vorentwicklungen von Organisationsstrukturen für die Science City Hamburg Bahrenfeld GmbH notwendig, gleichzeitig werde so eine schnelle Handlungsfähigkeit erreicht. Die Science City Hamburg Bahrenfeld GmbH sei bereits notariell beurkundet worden und es gebe einen vom Aufsichtsrat zugestimmten Gesellschaftsvertrag. Sie werde im Oktober 2019 in das Handelsregister eingetragen und danach ihren Geschäftsbetrieb aufnehmen. Ihre Aufgaben lägen im Management der für die Stadtentwicklung vorgesehenen Kernflächen im Bereich der Trabrennbahn, in der Koordination der verschiedenen privaten und öffent-

lichen Akteure, der Behörden und Bezirke mit dem Ziel einer synergiegesteuerten und beschleunigten Zusammenführung. Die Science City Hamburg Bahrenfeld GmbH werde über den Aufsichtsrat der HafenCity GmbH kontrolliert. Daneben gebe eine Lenkungsgruppe, die mit den Staatsräten der koordinierenden Behörden wie der Senatskanzlei, der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW), der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG), der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI), der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) und den Bezirken besetzt sei. Wesentlich für die Planungsentwicklungen der Science City seien die vielfältigen Vernetzungsaspekte, wobei es nicht nur um das Leitbild Wissenschaft, sondern um eine Zusammenführung der Science City mit deren Nutzerschaft und den vor Ort lebenden Bürgerinnen und Bürgern gehe, so dass die ganze Spannweite gesellschaftlicher Anwendungen abgebildet werde. Die Science City Hamburg Bahrenfeld GmbH solle die aus dieser Idee resultierenden vielfältigen Interessen bündeln und stadtentwicklungstechnisch in eine Umsetzung bringen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, für die ästhetische und architektonische Gestaltung eines solchen großen Stadtentwicklungsprojektes sei nicht die realisierende Gesellschaft verantwortlich, sondern es existiere ein Rahmen, aus dem heraus diese Entwicklung betrieben werde. Den Nutzungsentscheidungen würden immer Entscheidungen der Kommission für Stadtentwicklung zugrunde gelegt. Für die städtebauliche Ebene würden Wettbewerbe international ausgelobt, daran nähmen sowohl der Oberbaudirektor als auch Abgeordnete der Bürgerschaft und der Bezirke teil. Die Ergebnisse der HafenCity gälten international als Blaupause für eine gelungene Stadtentwicklung und stünden für eine hohe Qualität. Dennoch würden die Entscheidungsprozesse und die dafür geltenden Prämissen für die Science City erneut überprüft und gegebenenfalls verbessert. Die Qualität einer Stadtentwicklung sei immer eine Gemeinschaftsaufgabe der Gesellschaft. Sie gingen davon aus, dass sie zu guten Ergebnissen kommen würden.

Die SPD-Abgeordneten verwiesen auf die Angabe in der vorliegenden Drucksache, dass in einem ersten Schritt die Science City Hamburg Bahrenfeld GmbH einen Zuschuss über 3 Mio. Euro von der BSW erhalten werde, um ein Organisationsmodell für ein städtebauliches Entwicklungskonzept zu erarbeiten. Sie fragten nach den veranschlagten Mitteln für die Folgeschritte, wann die Entwicklung eines Organisationsmodells abgeschlossen sein werde und wie diese gesamte Vorgehensweise dazu passe, dass der bauliche Architekturwettbewerb bereits 2020/2021 abgeschlossen sein solle. Nach ihrem Verständnis würden unter anderem weitere Mittel sowohl von der BWFG zur Verfügung gestellt als auch über den folgenden Haushaltsplan erworben. Dazu erbaten sie nähere Erläuterungen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, die veranschlagten und bereits ermächtigten 3 Mio. Euro aus der BSW bezögen sich auf die Planungen für das gesamte Areal, auf die weiteren in der Drucksache benannten Aufgaben und nicht nur auf die Entwicklung eines Organisationsmodells. Dazu gehöre eine Bestandsaufnahme aller Grundstücksareale, wozu auch die Vorkaufsrechtsgebiete gehörten, um die langfristige räumliche Expansion sicherzustellen. Weiterhin solle mit der Summe eine mittelfristig zu organisierende, in großem Umfang stattfindende Bürgerbeteiligung finanziert werden wie auch die Auslobung, Steuerung und Umsetzung eines städtebaulichen und freiraumbezogenen Wettbewerbsverfahrens. Das DESY Gelände sei von diesen Aufgabenstellungen ausgenommen. Sie stellten fest, es gebe also einerseits eine weiterzuführende städtebauliche Gesamtentwicklung zur Erzeugung eines kohärenten Gesamtbildes als auch eine parallel erfolgende Entwicklung einzelner Projekte für Wissenschaftsbauten oder für Bauten auf dem DESY Gelände, die mit Architekturwettbewerben einhergingen. Somit sei insgesamt von unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten auszugehen. Aufgrund der Exzellenzcluster müssten vorab an vorhandenen und möglicherweise zu erwerbenden Gebäuden wie zuvor genutzten Laboren Umbauten oder auch Neubauten auf dem Gebiet der zu errichtenden Universität oder dem Gebiet für das Harbor in Kooperation mit dem DESY realisiert werden. Diese Vorgänge sollten ebenfalls von Wettbewerben begleitet werden, um eine Anpassung an das Gesamtkonstrukt zu erreichen. Für die Universitätsbauten planten sie eine Vorgehensweise im Mieter-Vermieter Modell, das die Art der Finanzierungsschritte determinieren werde.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, über die bereits bezüglich ihrer Verwendung beschriebenen und vorhandenen 3 Mio. Euro von der BSW hinaus benötigten sie mit Beantragung in der vorliegenden Drucksache zusätzliche Planungsmittel über 700 Tsd. Euro für das Raum- und Funktionsprogramm zur Ermittlung der Flächen für die Universität Hamburg (UHH). Der BWFG liege eine Verpflichtungsermächtigung vor, die sie für die Ausschreibung benötigten, allerdings müsse diese Ermächtigung real unterlegt werden. Insgesamt betrage die Gesamtsumme für das Raum- und Funktionsprogramm 1.2 Mio. Euro, wovon sie 200 Tsd. Euro aus Etatmitteln der BWFG finanzierten, weitere Mittel aus dem zentralen Titel der Finanzbehörde und eine weitere Charge mit einer Beantragung im neuen Haushalt. Dieses Mittelvolumen werde insgesamt benötigt, um das Planungs- und Bauverfahren so zu konkretisieren, dass mit einer weiteren Drucksache die Konkretisierung nächster Schritte der Bürgerschaft vorgelegt werden könne.

Der FDP-Abgeordnete bezog sich auf die in der Drucksache angeführten dringenden Handlungsbedarfe in Hinsicht auf die Exzellenzcluster, unter anderem gebe es den Hinweis auf die unter erheblichen Brandschutzmängeln leidenden Gebäude des Fachbereichs Chemie an der Bundesstraße. Er wollte wissen, welche konkreten Mängel dort bestünden und ob der derzeitige universitäre Betrieb dadurch eingeschränkt sei. Für wesentlich halte er auch, welchen aktuellen Stand es zur Verlagerung der Trabrennbahn gebe.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, es habe in 2017 eine Brandschutzbegehung in den erwähnten Gebäuden des Fachbereichs Chemie stattgefunden, woraufhin aufgrund erheblicher festgestellter Mängel die Gebäude hätten kurzfristig geschlossen werden müssen. Daraufhin habe eine Brandschutzertüchtigung stattgefunden und das Gebäude sei erneut in Betrieb genommen worden. Für die Gebäude sei allerdings nur eine Restlaufzeit vorgesehen, so dass eine Neuerrichtung auf dem Campus der Science City als dringend angesehen und positiv entschieden worden sei. Dieses Vorhaben werde auf den universitären Flächen des DESY Campus prioritär realisiert.

Für das Gelände auf der Trabrennbahn Bahrenfeld – so die Senatsvertreterinnen und -vertreter – gebe es ambitionierte Planungen für die sogenannte Logistik der Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Neben Hörsaal- und Sitzungsräumen sei dort für die zunächst erwarteten 1 bis 2 Tsd. Studierenden eine Mensa und Wohnungen geplant. Deren Errichtung solle in zeitlicher Konkordanz zu den Bauvorhaben auf den universitären Flächen erfolgen. Zunächst müsse das Gelände der Trabrennbahn jedoch einer notwendigen Baureife zugeführt werden, was einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf über etwa zwei Jahre benötige. Unter dem Vorbehalt einer groben Einschätzung, eines zur Verfügung stehenden und bereits erwähnten Raum- und Funktionsprogrammes, eines fertigen Planungsverfahrens und der Gewinnung entsprechender Bauunternehmen gingen sie davon aus, dass in 2024 mit den Baumaßnahmen begonnen werden könne, so dass in 2022 die Trabrennbahn für Erschließungsmaßnahmen geräumt sein müsse. Die Senatskanzlei treibe federführend die Einigung mit den Betreibern der Trabrennbahn so voran, dass die Planungen für die Science City eingehalten werden könnten. Die bisher vorgelegten Konzepte der Trabrennbahnbetreiber müssten allerdings überarbeitet werden, da es noch keine Zustimmungsrat bezüglich der Kosten, Zeitplanung und baulichen Ausprägung enthalte.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte, ob die in der Drucksache angeführte Interdisziplinarität, die die Science City im Rahmen ihres städtebaulichen Konzepts ermöglichen solle, bedeute, dass nur die angeführten naturwissenschaftlichen Fakultäten dazu beitragen oder ab auch die Gesellschaftswissenschaften einen weiter reichenden Einfluss auf eine solche Interdisziplinarität nehmen sollten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stellten fest, in erster Linie seien es die in der Drucksache angeführten naturwissenschaftlichen Fachbereiche, die die Interdisziplinarität ausmachten. Allerdings bedingten Exzellenzcluster wie das der Manuskriptforschung und -kulturen bereits jetzt enge Verzahnungen der Geisteswissenschaften mit den naturwissenschaftlichen Aktivitäten auf dem Campus Bahrenfeld. Solche Kooperationen sollten zukünftig verstärkt werden. Der Potentialbereich der Infektionsfor-

schung mit Beteiligung des UKE, des Bernard-Nocht-Instituts, der Universität und dem Heinrich-Pette-Institut unter Beteiligung des CSSB (Centre for Structural Systems Biology) am Campus Bahrenfeld stelle ebenfalls bereits eine interdisziplinäre Forschungsaktivität dar, die viele gesellschaftlich relevante Fragestellungen berühre und soziologische als auch sozialwissenschaftliche Forschungsbeteiligungen aus den Geistes- und Sozialwissenschaften erfordern werde. Es sei generell festzustellen, dass die Universität Hamburg an verschiedenen Standorten mit unterschiedlichen disziplinären Schwerpunktsetzungen organisiert sei, gleichzeitig gebe es deutliche Bestrebungen, die Inter- und Transdisziplinarität zu stärken und zu fokussieren. Als weiteres bereits vorhandenes Beispiel für ein exzellentes Zusammenwirken verschiedener Disziplinen nannten sie das Cluster zur Klimaforschung, das sehr gut funktioniere und sowohl auf Bundesebene als auch vom Wissenschaftsrat und externen Gutachtern in höchstem Maße anerkannt werde. Auch den Bereich der Informatik und Digitalisierung wollten sie auf dem zukünftigen Universitätscampus in Bahrenfeld voranbringen, wozu auch Fragestellungen zur Ethik der Informatik aus den Geistes- und Sozialwissenschaften gehören würden.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung empfiehlt dem federführenden Haushaltsausschuss einstimmig mit Zustimmung der SPD, GRÜNEN, FDP, CDU bei Enthaltung der LINKEN und bei Abwesenheit der AfD, der Bürgerschaft zu empfehlen, das Petikum aus der Drucksache 21/18215 anzunehmen.

Dr. Sven Tode, Berichterstattung

Stellungnahme

des Stadtentwicklungsausschusses

an den

federführenden Haushaltsausschuss

über die Drucksache

**21/18215: Bericht über den erreichten Planungsstand für die Science City Hamburg Bahrenfeld und Maßnahmen zur Realisierung eines Quartiers mit wissenschaftsgeprägtem Profil
– Senatsantrag –**

Vorsitz: **Jörg Hamann**

Schriftführung: **Martina Koeppen**

I. Vorbemerkung

Die Drucksache 21/18215 wurde am 11. September 2019 gemäß § 53 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO) im Vorwege durch die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft federführend dem Haushaltsausschuss und neben einem weiteren Fachausschuss mitberatend dem Stadtentwicklungsausschuss überwiesen.

Der Stadtentwicklungsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 13. November 2019 abschließend mit der Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten die Drucksache. Mit der Science City Hamburg Bahrenfeld sollten neue Akzente für Hamburg als Wissenschaftsstadt gesetzt werden. Das Konzept verfolge mit seinem Zukunftsbild die Entwicklung von Forschung, Wissenschaft und Lehre gemeinsam mit den neuen und den bestehenden Stadtteilstrukturen in Bahrenfeld. Das städtebauliche Zukunftsbild für die Science City sei 2018 in einem intensiven behördenübergreifenden Arbeitsprozess unter der Federführung der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) gemeinsam mit den Planungsbüros Spengler Wiescholek, Urban Catalyst GmbH und WES GmbH in enger Abstimmung mit dem Bezirksamt Altona entwickelt und am 22. Januar 2019 öffentlich vorgestellt worden. Die Planungen seien vor dem Hintergrund des klaren Zeitplans für die Bewerbung der Universität Hamburg als Exzellenzuniversität bis zum Abgabetermin im Januar 2019 erfolgt. Das Konzept für die Science City sei für die Bewerbung von großer Bedeutung gewesen. Das Zielbild, die Strahlkraft für den Wissenschaftsstandort Hamburg zu stärken, werde von den beteiligten Dienststellen gemeinsam getragen. Der Entwicklungszeitraum werde sich über 20 bis 25 Jahre erstrecken.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wiesen auf die bereits am Standort angesiedelten Wissenschaftsinstitutionen hin. Von ihnen ausgehend sollten Stadtquartiere mit etwa 2 500 Wohnungen entstehen. Die Science City solle mit einer eigenen wissenschaftsgeprägten Profillinie und mit ihren innovativen und integrierten Quartieren eine

internationale Strahlkraft entwickeln. Es werde ein Rahmen für wissenschaftliche Kreativität, Interdisziplinarität und Exzellenz gebraucht. In der Science City sollten Hochschuleinrichtungen, Lehr- und Forschungseinrichtungen sowie wissenschaftsbasierte Unternehmen und Startups mit vielfältigen Wohnangeboten, Kultur- und Sportmöglichkeiten sowie sozialen und Bildungseinrichtungen eng verknüpft werden. Dabei solle es kein Nebeneinander geben, sondern ein Miteinander, das die schon vorhandene Nachbarschaft im Stadtteil einschlieÙe. Es gehe um mehr als einen Standort für wissenschaftliche Einrichtungen. Vielmehr solle ein gemischter Stadtteil mit neuen attraktiven Orten und Räumen gemeinsam mit den bestehenden Strukturen entwickelt werden. Der Fokus liege darauf, die regionale und nationale Bedeutung des Forschungsstandortes herauszustellen und dies gleichzeitig in Einklang mit den lokalen Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner zu bringen. Innovative Forschungseinrichtungen hätten einen ebenso hohen Stellenwert in dem Zukunftsbild für die Science City wie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Die Umsetzung des Vorhabens sei ein wichtiger Meilenstein für die Entwicklung der Wissenschaftsstadt Hamburg. Dadurch, dass die Universität Hamburg den Status als Exzellenzuniversität erhalten habe, sei bereits ein großer Erfolg erreicht worden. Der Senat werde den Wissenschaftsstandort Hamburg in den kommenden Jahren weiter fördern, sodass die Science City in einer Evaluation im Hinblick auf die Verlängerung des Status positiv wirken könne.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten, der Senat habe für die angrenzenden Bereiche in Lurup und Bahrenfeld im Dezember 2018 eine Vorkaufsrechtverordnung erlassen, um eine Entwicklung entsprechend der Zielsetzung der Science City zu gewährleisten. Die Science City Hamburg Bahrenfeld GmbH sei als 100 prozentige Tochter der Hafencity Hamburg GmbH gegründet worden, deren Erfahrungen als städtische Entwicklungsgesellschaft bei der Planung und Realisierung eines integrierten und komplexen Stadtentwicklungsvorhabens genutzt werden könnten. Die Science City Hamburg Bahrenfeld GmbH habe ihre Arbeit bereits aufgenommen. Erste Arbeitsgruppen befassten sich mit den Themen Mobilität und Erschließung. Es seien vorbereitende Untersuchungen beauftragt worden. Aufgabe der GmbH sei es, das Zukunftsbild in den kommenden Jahren weiter zu konkretisieren sowie städtebauliche, freiraumplanerische und hochbauliche Wettbewerbe durchzuführen, um die hohen Qualitätsansprüche zu sichern. Die Science City Hamburg Bahrenfeld GmbH werde für die weitere Entwicklung des Gebiets, die gesamte infrastrukturelle Erschließung sowie die Akquisition von Bauherren zuständig sein. Dies werde immer im engen Austausch mit allen Akteuren in diesem Bereich erfolgen. Das Vorhaben werde von einer Lenkungsgruppe unter Federführung der Senatskanzlei begleitet. Beteiligt seien die BSW, die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung, die Behörde für Umwelt und Energie, das Bezirksamt Altona, das Deutsche Elektronen-Synchrotron DESY sowie die Universität Hamburg.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gingen auf die Frage der Information und Beteiligung vor Ort ein. Die Hafencity Hamburg GmbH könne fundierte Erfahrungen mit Beteiligungsformaten vorweisen. Trotzdem werde die Expertise des Bezirksamts Altona gebraucht. Bei einem Entwicklungszeitraum von 20 bis 25 Jahre müsse die kontinuierliche Information und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Stadtteile gewährleistet sein. Denn es gehe nicht allein um die Menschen, die in den Wissenschaftseinrichtungen tätig seien oder diejenigen, die neue Wohnungen in Bahrenfeld fänden, sondern auch um die Menschen, die bereits jetzt im Stadtteil wohnten und von vornherein als integrierter Bestandteil der Entwicklung betrachtet werden müssten. Das Bezirksamt Altona habe gute Beteiligungsformate entwickelt.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wiesen darauf hin, dass die BSW 3 Mio. Euro für den Entwicklungsprozess, nämlich für die ersten Bestandsuntersuchungen, Konzeptentwicklungen und Funktionsprogramme, zur Verfügung gestellt habe. Außerdem werde ein Raum- und Funktionsprogramm für die Universität Hamburg benötigt, das aus dem Einzelplan 9.2 finanziert werden solle.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE teilte mit, ihr Fokus liege im Stadtentwicklungsausschuss auf der Stadtteilentwicklung. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter hätten betont, dass das Bezirksamt Altona wegen seiner Expertise gebraucht werde. Es sei ein Fall, wo die bezirkliche und Fachbehördenexpertise nicht genutzt werde, sondern eine Ausgliederung erfolge. Es widerstrebe ihr und der Fraktion DIE LINKE,

dass nicht dafür gesorgt werde, das in der Verwaltung vorhandene Personal auszubauen, um dort die Fachexpertise zu haben. Es wäre schöner, wenn die Planungshoheit nicht in einer Tochterfirma der Hafencity Hamburg GmbH, sondern beim Bezirkssamt vor Ort liegen würde.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter griffen den Punkt der Expertise auf und gaben an, die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE habe bereits häufiger kritisiert, dass die Freie und Hansestadt Hamburg Entwicklungsgesellschaften für die Entwicklung größerer Quartiere gegründet habe. Sie hielten die Herangehensweise für richtig und unterstrichen, dass man hier unterschiedlicher Auffassung sein könne.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE wies darauf hin, die Senatsvertreterinnen und -vertreter hätten von bezahlbarem Wohnraum gesprochen, dennoch tauche der Begriff in der Broschüre nicht auf. Diese Fragen beschäftigten jedoch die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise neben den Auswirkungen auf die Mietpreise im Stadtteil. In der Drucksache 21/18215 werde der erreichte Planungsstand berichtet, der sich auf die Vorkaufsrechtsverordnung der HafenCity Hamburg GmbH beziehe. Die Broschüre sehe dagegen genauso aus wie im Januar 2019, was damals bereits bei der Pressekonferenz verteilt worden sei, sodass eine Weiterentwicklung nicht zu sehen sei.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE unterstrich, dass neben dem Thema Wohnen auch das Thema Verkehr relevant sei. Der Verkehrsausschuss werde über das Thema der Anbindung des Hamburger Westens reden. Ihr sei aufgefallen, dass in der Lenkungsgruppe die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovationen nicht beteiligt sei, obwohl die Verkehrsanbindung ein wichtiger Punkt sei. Sie fragte nach einer Begründung.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gingen auf die Besetzung der Lenkungsgruppe ein und führten aus, sie hätten lediglich vergessen, die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovationen zu erwähnen, obwohl sie Bestandteil der Lenkungsgruppe sei. Dieses sei wichtig, weil das ganze Zukunftsbild, das entwickelt worden sei, darauf abziele, eine wissenschaftliche Ausrichtung am Standort zu fördern. Außerdem gehe es im Zusammenhang mit dem Innovationspark am Vorhornweg, aber auch dem Inkubator auf dem DESY-Gelände selbst und um die Entwicklung in der Grundlagenforschung im Exzellenz-Cluster u.a.. Alles müsse in die Anwendung kommen. Deswegen sei das Thema Wissenschaft, Innovation und Wirtschaft sehr wichtig und es sei richtig, darauf hinzuweisen, dass dies ein Ziel der Senatsvertreterinnen und -vertreter sei.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter sprachen das Thema Verkehr an. Sie hätten sich sehr darüber gefreut, dass die Machbarkeitsstudie zu dem Ergebnis geführt habe, dass der Bereich Bahrenfeld über die S32 angebunden werden solle, weil es eine notwendige und schnelle Anbindung in Richtung Zentrum und in Richtung Universität am Standort in Eimsbüttel sei.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE ging auf Seite 10 der Broschüre ein, nach der die Luruper Chaussee zum alleegesäumten Boulevard und Rückgrat der Science City transformiert werde. Auch eine schienengebundene Anbindung werde angesprochen. In ihrer Vorstellung sah sie schöne Bäume und dass die vorhandene Trennwirkung aufgehoben werde. In ihrer Anfrage, Drucksache 21/16996, werde deutlich, dass der Begriff „Allee“ einerseits nicht definiert sei und andererseits, dass die Straße weiterhin vier Spuren behalten werde. Dieses stehe im Widerspruch zu der schönen Darstellung in der vorgelegten Drucksache. Sie zeigte sich an der Information interessiert, ob die Senatsvertreterinnen und -vertreter in Anbetracht des kommenden Klimaschutzplanes für eine Reduzierung des Autoverkehrs eine Überplanung vorsähen.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte nach, welche Funktion die Drucksache 21/18215, beispielsweise als Leitbild, habe.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter unterstrichen, es handele sich um ein Zukunftsbild, das weiterentwickelt werde. Sie bat die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE sich vor Augen zu führen, um welche zeitliche Dimension es sich handele. Bestimmte Erkenntnisse, auch im Hinblick auf die großen Magistralen zeigten, dass es eine Weiterentwicklung geben werde, die sich in diesem Bereich zeige. In diesem Zusammenhang sei es unerheblich, ob es jetzt bereits eine komplette Klarheit darüber

gebe, wie eine Allee in zehn Jahren vielleicht aussehen werde. Bekannt sei, dass sich der Verkehr in der Freien und Hansestadt verändern werde, heute sei jedoch nicht bekannt, in welcher Geschwindigkeit dieses passieren werde. Die Planung sei von den Senatsvertreterinnen und -vertreter dennoch ernst gemeint und als Zielsetzung seriös. Klar sei, eine Integration dieser Einrichtung in Bahrenfeld, führe dazu, dass die Luruper Chaussee gequert werden müsse. Dafür seien Verbindungen notwendig zwischen den Bereichen, die bisher bei der Wissenschaft verortet seien und den Bereichen, die im Wesentlichen das Wohnen, soziale Einrichtungen, Schulen oder Ähnliches beinhalteten. Diese Idee sei ausdrücklich in diesem Konzept enthalten.

Der FDP-Abgeordnete betonte, das Projekt ausdrücklich zu unterstützen. Er nahm vorweg, sich bei der Abstimmung über den Antrag in der aktuellen Sitzung nur deshalb zu enthalten, weil er den Abgeordneten des Haushaltsausschusses nicht vorgereifen wolle. Das Projekt sei sehr begrüßenswert, auch wenn es mit 20 bis 25 Jahren über einen sehr langen Vorlauf verfüge. In den vergangenen Monaten sei das Tempo der Weiterbearbeitung allerdings seinem Empfinden nach etwas gedrosselt worden. Wünschenswert wäre aus seiner Sicht, die anfangs an den Tag gelegte Geschwindigkeit auch über den 23. Februar 2020 hinaus beizubehalten. Die Infrastruktur sei eines der überragenden Themen, die es zu bearbeiten gelte, und insbesondere, wenn die S-Bahn betroffen sei, seien die mit der Bahn zu treffenden Abstimmungen sehr langwierig. Dem Wohnungsbau falle nach wie vor eine bedeutsame Rolle zu und eine solche Entwicklung könne nur funktionieren, wenn die Infrastruktur, die Wohnbebauung und die Wissenschaftsstandorte gleichermaßen realisiert würden. Er fragte, ob der Acht-Euro-Wohnungsbau, Vergabe im Erbbau und die Vergabe im Drittel-Mix in Kombination realisiert werden sollten. Er erinnerte an die Diskussion zu Oberbillwerder, bei der zutage getreten sei, dass sich die betroffenen Menschen trotz so genannter Beteiligungsverfahren übergangen fühlten. Angeregt worden sei, in diesem Kontext den Terminus Informationsveranstaltung anstelle von Beteiligungsverfahren zu nutzen, da dadurch falsche Vorstellungen geweckt würden. Er empfahl, genau zu überlegen, wie an die Menschen herangetreten werde und welche Erwartungen dadurch entstünden. Der FDP-Abgeordnete verwies darauf, dass in Oberbillwerder ebenfalls etwas Vergleichbares wie eine Science City geplant sei. Ihn interessierte, ob darin etwas wie eine Rivalität zu sehen sei oder ob es Kooperationen gebe. Beides seien interessante Stadtentwicklungsprojekte, die einen wissenschaftlichen Schwerpunkt aufwiesen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter merkten an, dass, nachdem im Januar das Zukunftsbild für die Science City Hamburg-Bahrenfeld vorgestellt worden sei, intern viel bewegt wurde, was jedoch nicht nach außen gedrungen sei. Das Zukunftsbild sei im Wesentlichen in der Verantwortung der Stadtentwicklungsbehörde entstanden, aber es gebe noch andere Themen, die in der Lenkungsgruppe behandelt würden. Die Lenkungsgruppe arbeite intensiv und werde beispielsweise im Januar 2020 zu einem Workshop zusammenkommen, um die Leitlinien zur Science City detailliert auszuarbeiten. Die vergangenen Monate seien darüber hinaus für die Gründung der Tochter der Hafencity Hamburg GmbH genutzt worden; hierzu seien im Vorfeld Klärungen erforderlich gewesen, um deren Aufgaben und Kompetenzen festzulegen.

Bezogen auf die Frage des Wohnens und den erwähnten Drittel-Mix führten die Senatsvertreterinnen und -vertreter aus, dass es selbstverständlich öffentlich geförderten Wohnungsbau gebe. Selbstverständlich sei zudem, dass in diesem Stadtteil wie überall in der Stadt über den öffentlich geförderten Wohnungsbau hinaus bezahlbare Mieten auch im frei finanzierten Segment einen stärkeren Anteil einnehmen sollten. Damit sei der Acht-Euro-Wohnungsbau gemeint. Darüber hinaus spiele das Thema der Baugemeinschaften auch dort und nicht nur in Oberbillwerder oder in Wilhelmsburg eine Rolle. Auch dem Thema Senioren-Wohnen werde Aufmerksamkeit gewidmet. Alles, was für andere Gebiete berichtet worden sei, komme auch in Bahrenfeld zum Tragen.

Zu dem Terminus Beteiligung erläuterten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, dass es sich hierbei um einen feststehenden Begriff handele. Die Beteiligung, die über die Bauleitplanung an anderer Stelle erwähnt werde, sei damit explizit nicht gemeint. Das Beteiligungsverfahren bezeichneten sie als starkes Angebot, das auf Dauer angelegt sei und bei dem es zwar nicht darum gehe, dass seitens der Bürgerinnen und Bürger

mitentschieden werde. Dennoch sei das Beteiligen und die Aufnahme von Anregungen und Haltungen aus der Bewohnerschaft außerordentlich wichtig.

Eine Konkurrenz zwischen der Science City Hamburg-Bahrenfeld und Oberbillwerder sei nicht erkennbar, teilten die Senatsvertreterinnen und -vertreter weiter mit. Der Präsident der HAW habe dargestellt, welche fachlichen Schwerpunkte die HAW am Standort Oberbillwerder sehe. Der Wissenschaftsstandort in Bahrenfeld mit dem DESY, der Universität, dem Max-Planck-Institut und diversen anderen Forschungseinrichtungen sei längst etabliert und weise eine völlig andere Ausrichtung als Oberbillwerder auf.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten, in Altona werde das Konzept von einer breiten Mehrheit positiv und erwartungsvoll verfolgt und unterstützt.

Ein wichtiger Punkt sei die Verkehrsfrage und die S32-Anbindung im Bezirk. Man sehe die Chance, dass der Bezirk vom Zentrum über den Bereich Bahrenfeld nach Lurup und Osdorf eine starke zusätzliche SPNV-Achse entwickeln könne, sodass die nordwestlichen Stadtteile und Bahrenfeld in der Mitte damit ein Stück näher an den Altonaer Kern heranrücken würden. Dies sei vielleicht nicht die städtebaulich dominierende Fragestellung, aber spiele im Bezirk eine Rolle vor dem Hintergrund, dass die Menschen in Lurup und Osdorf bereits lange hierauf warten würden.

Ein zweiter Punkt, der die Menschen im Bezirk sehr angesprochen habe, sei die Grundaussage, es gebe einen funktionierenden Stadtteil und den müsse man mitnehmen. Im Bezirksamt habe man überlegt, wie dies umzusetzen sei.

Sicher hätten die Ausschussmitglieder schon von der Quartiersinitiative Urbanes Leben (QUL) unter Beteiligung von sechs Hamburger Behörden und der sieben Bezirksämter gehört. Jeder der Bezirke solle in einem Stadtteil mit den Fachbehörden zusammen für eine besondere Entwicklungsdynamik und Querschnittigkeit der Stadtteilentwicklung sorgen, und für Altona sei es Bahrenfeld.

Die QUL biete einen guten Rahmen, um beim weiteren Ausbau des Wissenschaftsstandorts die Stadtteileinrichtungen und Menschen vor Ort mitzunehmen.

Mit allen Akteuren – behördlichen Playern, DESY und Universität – befinde man sich in einem regelmäßigen Informationsaustausch und tage etwa quartalsweise.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten weiter von einem Multiplikatoren-treffen; das erste Meeting habe Ende August 2019 stattgefunden. Hier gebe es etwa für die Wohnungsbaugesellschaften, für Sport und Kirche und für die Schuleinrichtungen die Möglichkeit, Ideen einzubringen.

Ein Folgemeeting werde Anfang 2020 stattfinden und ein größeres Format vorbereiten: ein Bahrenfeld-Forum. Dies solle eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung in den ganzen Stadtteil hinein ermöglichen. Das Forum solle etwa alle sechs Monate tagen.

Im ersten Multiplikatorenmeeting sei die Frage gestellt worden, wann man über die Planungen abstimmen könne. Man habe daraufhin die Verfassungslage ausgeführt und auf verschiedene Wege der Bürgerbeteiligung hingewiesen.

Auch eine IT-gestützte Beteiligung werde ermöglicht. Man sei im Kontakt mit der Stadtwerkstatt der BSW zum DIPAS-Verfahren. Im QUL-Zusammenhang gebe es eine ähnliche Entwicklung, die heutige IT-Technik und die bei der Stadt vorhandenen Daten so zu nutzen, dass es Bürgerinnen und Bürger möglich sei, sich niedrigschwellig zu informieren, Anregungen einzubringen und Nachfragen zu stellen.

Die SPD-Abgeordneten bezogen sich auf die U5 und äußerten, mit der Streckenplanung der U5 über Siemersplatz bis Stellingen und mit der Anbindung der Arenen gemeinsam mit der S32, die dann Holstenstraße ausfädele und Richtung Bahrenfeld zum Osdorfer Born fahre, habe man eine gute Lösung gefunden.

Die Veranstaltungen im Volksparkstadion und in der Barclaycard Arena würden jedoch für das Gebiet eine massive Belastung darstellen. Die meisten Menschen kämen mit dem eigenen Fahrzeug.

Im Hinblick auf einen möglichen Wiederaufstieg des HSV in die erste Bundesliga seien zur Entlastung der Stadtteile beide Verkehrsverbindungen, sowohl die U5 Nord als auch die S32, wichtig.

Die SPD-Abgeordneten bezogen sich weiter auf die Diskussion zur S21. Es sei wichtig dazu beizutragen, dass die Menschen auf die Bahn umsteigen.

Die CDU-Abgeordneten äußerten, sie würden das Projekt unterstützen und gerade unter städtebaulichen Aspekten für gut halten.

Der Abgeordnete der GRÜNEN Fraktion sagte, auch die GRÜNE Fraktion begrüße das Projekt, das städteplanerisch zu den großen Projekten in Hamburg gehöre. Es habe bereits ein städtebauliches Wettbewerbsverfahren zur Trabrennbahn in Bahrenfeld gegeben. Hierzu liege ein gutes Ergebnis vor, das entsprechend bepreist worden sei. Die Herausforderung liege darin, die Planungen in einer gewissen Synchronisation voranzubringen. Die genannten zeitlichen Vorstellungen von 20 bis 25 Jahren würden teilweise unter Druck geraten und es müsse schneller gehen. Insbesondere betreffe dies die Wohnbereiche, allerdings bedürfe auch die Universität rasch baulicher Perspektiven.

Die Schienenanbindung sei dringend erforderlich für die Mobilitäterschließung des Bereichs.

Der Weg, der jetzt gegangen werde, sei richtig, auch im Hinblick auf die Einbeziehung der Stakeholder.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE erklärte, der Sportplatz Wilhelmshöhe und der Lise Meitner-Park würden voraussichtlich von der Planung betroffen sein. Sie fragte, welche Planungen es zur Größe und Zugänglichkeit gebe.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE nahm Bezug auf die Aussage der Senatsvertreterinnen und -vertreter zur Anzahl der Fahrspuren, der zufolge es unerheblich sei, schon jetzt zu sagen, wie viele Spuren gebaut würden. Sie vertrat die Auffassung, dass Stadtplanung Ziele verfolge, und forderte von den Senatsvertreterinnen und -vertretern, jetzt die Anzahl der Fahrspuren festzulegen.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte, ob die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils, die in Bezug auf die nahe der Trabrennbahn gelegenen Flüchtlingsunterkünfte aktiv gewesen seien, in das Treffen im August 2019 einbezogen worden seien.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bezog sich auf die Stellungnahme des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung, der zufolge das DESY-Gelände von den in der Drucksache genannten Aufgabenstellungen ausgenommen sei. Sie fragte, ob das DESY zukünftig ein abgeschlossenes Gelände haben werde und wie geprüft werde, welche Möglichkeiten zur inneren Entwicklung das Areal biete.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten, die Initiativen, die sich um Geflüchtete gekümmert hätten, seien selbstverständlich in die Gespräche einbezogen worden. Eine der Herausforderungen werde darin bestehen, im Zuge der Entwicklungen die guten Beiträge zur Integration mitzunehmen. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter sahen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Wohnungsbaus die Chance für Geflüchtete, im Stadtteil eine Wohnung zu finden. Sie hielten es für wünschenswert, die bestehende Situation im Stadtteil in die Entwicklung einzubinden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wiesen darauf hin, dass das DESY-Gelände der Helmholtz-Gesellschaft gehöre. Andere Grundstücke gehörten der Universität Hamburg. Die verschiedenen Interessen müssten berücksichtigt werden. Bei der Planung sei das Ziel verfolgt worden, eine weitgehende Offenheit des DESY-Geländes zu erreichen. Es sei geprüft worden, in welchen Bereichen diese Offenheit aus sicherheitsrelevanten Gründen nicht angebracht sei. Ein neues inneres Sicherheitskonzept sei vorgesehen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gingen auf die Frage nach der Anzahl der Fahrspuren ein. Die Abbildung des geplanten Wissensboulevards Luruper Chaussee (Seiten 50, 51 der Anlage zur Drucksache 21/18215) verdeutliche, dass gegenüber

der heutigen Situation eine deutliche Veränderung geplant sei. Die Planung werde während des langen Entwicklungszeitraums im Rahmen eines Prozesses weiterentwickelt.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, die zwei Sportplätze im Eingangsbereichs des DESY seien in das Zukunftsbild integriert worden. Das Ergebnis des Wettbewerbs habe den Rahmen geschaffen, um den Volkspark neue Freiflächen zu integrieren. Die zwei Sportplätze könnten dort untergebracht und mit einem Schulstandort kombiniert werden. Im Jahr 2018 sei das Gespräch mit dem Vereinsvorsitzenden gesucht worden. Dieser habe die Bereitschaft zu einem Umzug signalisiert. Die Planung könne erst nach Fertigstellung des „Altonaer Deckels“ realisiert werden.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte, in welcher Größenordnung Teile des DESY-Geländes nicht öffentlich zugänglich sein würden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, innerhalb des Rings des Röntgenmikroskops PETRA gebe es höhere Sicherheitsanforderungen. Dieser sei auf der Abbildung auf den Seiten 34, 35 der Anlage zur Drucksache 21/18215 zu erkennen.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE eingehend sagten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, die Helmholtz-Gesellschaft habe ein Interesse daran, auf dem DESY-Gelände eine Nachverdichtung vorzunehmen. Sie habe einen Masterplan erstellt, der weiterentwickelt werden solle. Die im Lauf von 50 Jahren gewachsenen Räume sollten städtebaulich qualifiziert werden.

III. Ausschussempfehlung

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem federführenden Haushaltsausschuss einstimmig, bei Enthaltung der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und der FDP-Fraktion und bei Abwesenheit der AfD-Fraktion, den Antrag aus Drucksache 21/18215 anzunehmen.

Martina Koeppen, Berichterstattung